

# **Beitrag des BMF zur Konsultation „Grundsatzüberlegungen zur Entwicklung einer IKT-Strategie für Österreich 2014- 2018“**

## **Konsultation**

**Welche Initiativen gibt es derzeit noch zu diesem Themenfeld? Wie lassen sich die Ziele bis 2018 verwirklichen? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie zu diesem Themenfeld?**

**Was wäre bis 2018 realisierbar? Welche Schritte wären zu setzen, um das Themenfeld voranzutreiben? In welcher Zeit lassen sie sich umsetzen? Welche**

### **Begleitmaßnahmen**

**wären dazu erforderlich? Welche Ressourcen wären zur Zielerreichung erforderlich?**

**Wer wäre einzubinden? Wer könnte die Trägerschaft übernehmen?**

## **3.1. Mobilität**

Der Staat ist in Hinblick auf Mobilität oftmals Vorreiter. Bereits jetzt werden Vor-Ort durchgeführte Amtshandlungen wie etwa Betriebsprüfungen vollständig online unterstützt. Weiters können beispielsweise Strafmandate über mobile Kassen direkt beglichen oder Glückspielautomaten online überprüft werden.

## **4.5. Big and open Data**

Auch das BMF beteiligt sich an der Open-Data-Philosophie. Standorte der Finanzämter und monatliche Budgeterfolge werden bereits auf der Plattform [opendata.gv.at](http://opendata.gv.at) veröffentlicht. Weitere Datensätze werden folgen.

## **6.1. Forschung**

Das BMF regt an, einen Koordinator für die IKT-Sicherheitsforschung einzurichten.

## 6.2. E-Government

Im Zuge einer Gesetzwerdung sollte eine IKT-Wirkungsfolgenabschätzung vorgesehen werden. Durch eine frühzeitige Einbindung von IKT-Entscheidern kann aus mehreren Varianten die ressourcenschonendste Umsetzung ausgewählt werden. Weiters ermöglicht eine vorgelagerte Prozessanalyse effektive und effiziente Umsetzungen von Gesetzen. Durch eine verpflichtende IKT-Wirkungsfolgenanalyse wird erreicht, dass sich die Verwaltung intensiver mit einer Prozessoptimierung auseinandersetzt. Nach einer Optimierung kann die IKT-Umsetzungen für weitere Synergien sorgen. Damit ist sichergestellt, dass sowohl die Belastung für BürgerInnen und Wirtschaft, als auch für die Verwaltung gering gehalten werden.

Analog zu Deutschland benötigt Österreich eine effektive Koordination zwischen den Gebietskörperschaften. In Deutschland wurde ein im Verfassungsrang stehendes E-Government-Gesetz erlassen, welches hinsichtlich gebietskörperschaftsübergreifender, verbindlicher Entscheidungen Vorbild für Österreich sein muss. Ein strukturierter Dialog zwischen Bund, Ländern und Städten/Gemeinden mit gemeinsamen quantifizierbaren/messbaren Zielen sowie gemeinsame Arbeitsprogramme ermöglicht verwaltungsübergreifende Ausnützung von Synergien. Damit kann eine verstärkte Vereinheitlichung der IT-Landschaft erreicht werden und die Aufwände reduziert werden.

Aus Sicht des BMF sollten im Bereich E-Government zusätzliche Themenziele aufgenommen werden. Es wird angeregt, für BürgerInnen und Unternehmen Transparenz zu schaffen über die sie betreffenden Daten und Verfahren. Damit geht einher, dass der Zugang zu öffentlichen Registern vereinfacht sowie harmonisierte Standards und Qualitätskriterien für Registeranwendungen festgelegt werden müssen.

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz von E-Government-Services. Aus diesem Grund müssen die bereits jetzt schon hohen Sicherheitsstandards weiter ausgebaut werden. Insbesondere die anonymisierte Speicherung von personenbezogenen Daten (etwa im Wege der bereichsspezifischen Personenkennzeichen) stellt sicher, dass im Falle eines Sicherheitsvorfalles unberechtigte Personen keinen Zugriff auf sensiblen Daten erhalten. Darüber hinaus ist es notwendig, auch für Bürger und Wirtschaft eine Bewusstseinsbildung zu forcieren sowie umfassende Informationen zu IKT-Sicherheitsthemen anzubieten.

Neben diesen Grundvoraussetzungen für ein sicheres E-Government gilt es auch, die Servicequalität weiter auszubauen. So steigert eine einheitliche, massentaugliche Authentifizierung für BürgerInnen und Wirtschaft ebenso die Akzeptanz wie einheitliche

Layouts über Ressortgrenzen hinweg. Im Unternehmensbezug muss das GLN-System als einheitliche Identifikation umgesetzt werden.

Klar ist, dass auch die E-Government-Prozesse einer Analyse bedürfen. So sollten die Top 50 Verwaltungsprozesse identifiziert, vereinfacht und schließlich als möglichst durchgehende elektronische One-Stop-Shop-Lösung konzipiert werden.

Weitere mögliche Ziele aus Sicht des BMF sind die Konzentration der Serverleistungen und Standortoptimierung der Rechenzentren aller Gebietskörperschaften sowie die Transparenz der IT-Kosten aller Gebietskörperschaften.

### **6.3 Green & Energie**

Für den IKT-Bereich gibt es keine ausreichenden Bestimmungen für ein umweltgerechtes Verhalten. Ziel einer Umsetzung von GreenIT-Maßnahmen muss sein, den Energieverbrauch von Rechenzentren und der IT-Ausstattung der Arbeitsplätze bis 2018 jährlich um jeweils 10% zu reduzieren. Dies erfordert einerseits gesetzliche Maßnahmen, aber auch eine Dokumentation des Energieverbrauch und der Schadstoffemissionen im gesamten Lebenszyklus. Darüber hinaus müssen auch konkrete Reduktionsverpflichtungen abgeschlossen werden. Beispiele zeigen, dass alleine im Rechenzentrumsbetrieb in 3 Jahren Einsparungen bei Fernwärme von 66% bzw. beim Strombedarf von 25% möglich sind.

### **6.4. Bewusstsein Politik & Koordination**

Finnland ist eine der weltweit führenden Nationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Es war eines der ersten Länder mit einer nationalen Strategie für die Informationsgesellschaft, weil auch von der Politik früh erkannt wurde, dass Informations- und Kommunikationstechnologien in einer noch stärker wissensbasierten Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg war uns ist das Finnische Entwicklungszentrum für die Informationsgesellschaft (TIEKE). TIEKE operiert an der Schnittstelle zwischen Handel, Industrie, öffentlicher Administration und Bürgern, die alle Nutzer der Informations- und Kommunikationstechnologien sind. TIEKE dient als Treffpunkt für Diskussionen und Ideen

und versucht, neue Partnerschaften aufzubauen und Projekte zu generieren. Im Cluster befinden sich über die Hälfte aller finnischen IKT-Unternehmen.

Ziel muss sein, das KIG nach diesem Vorbild auszubauen. Getragen und finanziert von öffentlichem Sektor und IT-Wirtschaft unterstreicht eine hochrangige (Staatssekretär/Generalsekretär bzw. CIO's) Besetzung die Wichtigkeit der IKT für den Wirtschaftsstandort Österreich.